

Pressemitteilung
Berlin, 23. April 2024

Die Ausbauziele für Offshore-Windenergie sind ein politisches Commitment – und dann?

Das gesetzliche Ausbauziel für 2035 lautet „mindestens 40 Gigawatt Offshore-Wind bis 2035“. Doch es gibt Verzögerungen beim Netzausbau und Herausforderungen entlang der Wertschöpfungskette. Was muss seitens Politik getan werden, um die Ausbauziele der Offshore-Windenergie zu erreichen?

Darüber diskutieren ab heute Expert:innen und Branchenvertreter:innen aus Industrie, Politik, Forschung und Umwelt auf der Konferenz „Zukunft Offshore“ in Berlin. Unter dem Motto „Grenzen überwinden – Overcoming Borders“ lädt der Bundesverband Windenergie Offshore e.V. (BWO) zum diesjährigen zweitägigen Branchenevent ein. Gemeinsam mit dem europäischen Dachverband WindEurope e.V. als Kooperationspartner diskutieren die Teilnehmenden, wie die Potenziale der Offshore-Windenergie gehoben werden können.

Jörg Kubitza, BWO-Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer von Ørsted Deutschland, ergänzt: „Um das Beste aus der Offshore-Windenergie in Deutschland rauszuholen, müssen wir bei der Planung der Ausschreibungspfade dringend die Flächeneffizienz und die Koordination mit unseren europäischen Nachbarn in Nordsee berücksichtigen. Auch im Jahr 2024 werden in Deutschland wieder neue Flächen für die Offshore-Windenergie ausgeschrieben. 8 Gigawatt – erneut eine der größten Ausschreibungen der Welt! Diese Flächen müssen effizient geplant werden, damit wir den bestmöglichen Energieertrag und somit grünen Strom für Deutschland und die deutsche Industrie erhalten. Wir haben die Chance Großes zu leisten und die Energiewende in Deutschland maßgeblich mitzugestalten. Lasst uns europäisch denken!“

Giles Dickson, CEO WindEurope: „Die deutsche Regierung hat sich für die Offshore-Windenergie viel vorgenommen. Aber politische Ziele und tatsächliche neue Windparks sind zwei verschiedene Dinge. Deutschland braucht ein besseres Ausschreibungsdesign für die Offshore-Windenergie. Das Windkraftpaket der EU und der Net-Zero-Industry-Act sehen einen anderen Ansatz vor als die ungedeckelten negativen Gebote, die Deutschland derzeit anwendet. Die EU will außerdem, dass die Regierungen ihre Präqualifikationskriterien verschärfen, um die Messlatte für den Bau von Windenergie auf See höher zu legen. Deutschland muss auch mehr in seine Offshore-Wertschöpfungskette investieren - das beinhaltet Investitionen in Häfen, Schiffe und Arbeitskräfte. Und es muss den Ausbau seiner Stromnetze weiter beschleunigen, um die gesamte Energie aus der Offshore-Windenergie nutzbar zu machen und weitere Verzögerungen beim Ausbau zu verhindern.“

Stefan Thimm, BWO-Geschäftsführer: „Offshore-Windenergie hat das Potenzial zur tragenden Säule der Energiewende, der Versorgungssicherheit und des Wohlstands in Deutschland und Europa zu werden. Wir müssen diese großartige Chance ergreifen. Politik ist jetzt gefordert, die richtigen Weichen für nachhaltige Wertschöpfung zu stellen. Die aktuellen Infrastrukturprobleme und globalen Produktionsengpässe müssen überwunden werden. Dafür braucht es mutige Entscheidungen und entschlossenes industriepolitisches Handeln. Die zentralen Engpässe sind bekannt, etwa bei den Produktionskapazitäten, den Häfen, Schiffen und nicht zuletzt den Fachkräften. Diesen limitierenden Faktoren können und müssen wir mit industriepolitischen Maßnahmen begegnen.“